

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 12000 M. pro Vierteljahr. — Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die halbpastene Nonpareilzeile oder deren Raum 200000 M.
Arbeitervermittlungen 50000 M. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 10000 M. pro Zeile.

Auf dem Wege zur neuen Währung.

Von Fritz Tarnow.

Die letzten Wochen und Monate haben jeden Zweifel darüber beseitigt, daß die deutsche Papierwährung verloren ist. Für alle, die tiefer sehen, ist diese Entwicklung keine Überraschung, denn tatsächlich hat die Papiermark schon seit langem aufgehört, eine Währung zu sein. Vom Geld erwartet man zweierlei Funktionen: Es soll Zahlungsmittel und es soll Wertmaßstab sein. Diese letztere Funktion hat die Mark im Verlauf der verflochtenen Jahre allmählich, aber schließlich vollständig eingebüßt. Ein Maßstab muß eine stabile Größe sein; ein Geld aber, das fortgesetzt seine Wertgröße verändert, ist als Wertmaßstab nicht mehr brauchbar.

Die Kapitalisten haben diese Dinge viel früher erkannt als die Arbeiter und sich beizeiten darauf eingestellt. Von der Papiermark behielten sie nur das, was noch brauchbar erschien, nämlich die Zahlungsmittelfunktion; für die Wertbemessung aber gingen sie auf die Goldwährung zurück, die ja das internationale Wertmaß ist. Die Technik des Verfahrens war denkbar einfach: Die Preise wurden in Dollar, Franken, Goldmark usw. gemacht, zahlbar in Papiermark nach dem jeweiligen Tageskurs der Rechnungswaluten. Diese Methode erwies sich nicht nur als vorzügliches Mittel gegen Entwertungserluste, es zeigte sich vielmehr, daß darin eine ergiebige Gewinnquelle lag. Sämtliche Papiermark, so stiegen im gleichen Tempo die Preise, dagegen stiegen keineswegs im gleichen Tempo die Löhne, Steuern, Gültertarife, Kapitalzinsen und andere Papiermarkausgaben. Die Unternehmer- und Handelsgewinne stiegen also seit Anwendung der Goldrechnung um so mehr, je schneller und tiefer die Mark sank.

Die Wirtschaftskreise, die sich auf die Goldrechnung eingestellt hatten, konnten also mit diesem Zustande — für sie die feste Goldwährung, für die breite Masse die zerfallende Papierwährung — sehr zufrieden sein, und aller Verhöhnung, die Währung zu sanieren, setzten sie denn auch den stereotypen Einwand entgegen, daß daran erst gedacht werden könne, wenn die Reparationsfrage gelöst, das Außenhandelsdefizit beseitigt und der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht worden sei, also erst an einem noch in sehr weiter Ferne liegenden Zeitpunkt. Nachdem jedoch immer weitere Kreise der Wirtschaft zur Goldrechnung übergegangen waren, schrumpfte der Vorzeil schon zusammen. Allmählich wurden es alle überdrüssig, unangenehm Verluste an der Papiermark zu erleiden. Auf dem Kapitalmarkt, für die Steuern, für Bahn- und Posttarife bürgerte sich Wertbeständigkeit oder doch schnellere Anpassung an die Geldentwertung ein. Und schließlich erhob sich auch aus der Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit elementarer Gewalt die Forderung nach wertbeständigen Löhnen und Gehältern.

Man taucht schon das Märlein auf, daß die Forderung wertbeständiger Löhne und Gehälter der Währung den „Vollstoß von hinten“ verfehlt habe. Die Wahrheit ist, daß nur das Monopol der Goldrechner zerbrach, als die Wertbeständigkeit für alle Schichten des Volkes gefordert wurde, wodurch nun endlich auch die „maßgebenden Kreise“ in die Zwangslage veretzt wurden, sich wirklich ernsthaft mit dem Währungsproblem zu beschäftigen. Man muß zugeben, daß sie mit erstaunlicher Schnelligkeit zu Erkenntnissen gekommen sind, die sie bis dahin stets als lächerliche Utopien von Währungsdeilettanten abgetan hatten.

Kein Geringerer als Herr Minoung, der Generaldirektor von Stinnes, veröffentlichte am 23. August in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Währungsprojekt, das mit folgenden lapidaren Worten beginnt: „Die Papiergeldwirtschaft muß und kann sofort aufgehoben und die Goldwährung wieder eingeführt werden.“ Zu gleicher Zeit arbeitete der Deutschnationalistische Heiserich über Nacht ein anderes, sofort zu verwirklichendes Projekt einer neuen Währung aus, und ein dritter Plan, der nach Ansicht seiner Väter ebenfalls sofort realisierbar ist, wurde vom Reichsverband der deutschen Industrie vorgelegt. Die zwei zuletzt genannten Pläne wollen eine neue Währungsbank auf privater Grundlage, wenn auch unter staatlicher Kontrolle, errichten. Vollerichtig sieht eine Roggenwährung vor mit der Begründung, daß eine Währung durch reale Werte fundiert sein müsse, die im Lande vorhanden sind oder erzeugt werden. Durch eine hypothekarische Belastung der Landwirtschaft, auf Roggenwert ausgeschrieben, glaubt er, die Deckung für sein Roggengeld beschaffen zu können. Der Plan der Industrie dagegen beruht auf dem Gedanken der Goldwährung, fundiert durch Goldbestände und Devisen, die man hofft, gegen angemessene Verzinsung im In- und Auslande aufbringen zu können.

Der Plan Minoung, der die Frage, ob private oder staatliche Währungsbank offen läßt, ist ganz besonders interessant wegen seiner Vorschläge für die Beschaffung des Währungsfundus. Danach soll jeder Deutsche den Wert seines gesamten Vermögens in Goldmark, nach Fortzugsverhältnissen berechnet, angeben. Diese Deklarationen sollen veröffentlicht werden und somit der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Der wesentlich falsche Angaben

macht, dem soll der ganze Besitz konfisziert werden, außerdem soll er mit Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden. Jeder soll von seinem Vermögenswert 5 Prozent abgeben, woraus ein Gesamtvermögen von etwa 10 Milliarden erwartet wird. Bis zur Aufbringung dieser Vermögensabgaben soll der Gegenwert von 10 Milliarden vorläufig als Goldhypothek an erster Stelle auf den gesamten privaten Immobilienbesitz eingetragt werden. Diese Erfassung der Sachwerte, so drückt sich Herr Minoung wörtlich aus, würde die Herstellung von deutschen Reichspfandbriefen im Betrage von 10 Milliarden Mark gestatten. 3 Milliarden davon sollen hochverzinstlich zum Verkauf gegen Gold, Perlen, Edelsteine oder ausländische Zahlungsmittel gestellt und der Erlös neben dem vorhandenen Golde der Reichsbank dem Währungsfundus zugeführt werden. Die restlichen 7 Milliarden sollen Reich, Länder und Gemeinden erhalten, um für eine Übergangszeit bis zur Sanierung ihrer Finanzen leben zu können, ohne die Banknotenpresse weiter in Anspruch nehmen zu müssen. Hier fehlt der Raum, um näher auf die vorliegenden Währungsprojekte einzugehen. Doch wie man immer ihren Wert einschätzen mag, schon die bloße Tatsache, daß jetzt die prominentesten Führer der Wirtschaft nicht nur die Möglichkeit der alleraktivsten Währungspolitik mit verblüffender Entschiedenheit bejahen, sondern sogar für diesen Zweck eine Erfassung der Sachwerte fordern, ist wichtig genug, um festgehalten zu werden.

In der Währungsfrage selbst hängt nicht nur das Schicksal der Regierung, sondern Leben oder Tod der deutschen Wirtschaft und der Republik davon ab, daß ich leu-nigst gehandelt wird. Nachdem die Papiermark nunmehr vollständig aufgehört hat, als Wertmesser zu fungieren, ist eine unglückliche Desorganisation der ganzen Wirtschaft eingetreten. Wenn das Papiergeld sich von einem Tag zum andern um die Hälfte entwertet, und wenn der normale Zeitraum für Geldüberweisungen durch die Post oder im Bankverkehr über eine Woche dauert, ist es kein Wunder, wenn das Geschäftsleben ganz zum Erliegen kommt. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die sich mit katastrophaler Schnelligkeit ausbreiten, sind im wesentlichen auf das Versagen der Geldfunktion zurückzuführen, und darum müssen allen anderen Maßnahmen vorangehen die Herstellung einer festen Währung und die Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel.

Für entscheidende Entschlüsse und Maßnahmen steht höchstens noch ein Zeitraum von wenigen Wochen zur Verfügung, wenn nicht alles in ein wildes Chaos verwandelt werden soll. Der Reichstangler hat zwar mit Recht in einer Rede gesagt, daß bei den Währungsmaßnahmen über der Fixigkeit nicht die Wichtigkeit leiden dürfe. Aber wenn die Fixigkeit ausbliebe, würde auch die richtige Währungsreform nichts mehr nützen können, weil es dann zu spät sein wird. Selbstverständlich ist es nicht einverle, welches Währungsprojekt verwirklicht wird. Die Pläne der Industrie und der Landwirtschaft haben gemeinsam den Pferdefuß, daß der Staat sein Souveränitätsrecht über die Währung abgeben soll, und daß er durch die finanzielle Abhängigkeit von den Machern der privaten Währungsbank auch unter deren politische Herrschaft geriete. Wenn Industrie und Landwirtschaft in einen edlen Wettstreit miteinander eingetreten sind, weil jeder von ihnen seinen Besitz für die neue Währung verpfänden will, so wird man dahinter noch etwas anderes als reine Hilfsbereitschaft vermuten dürfen, nämlich die Absicht, sich durch ein mögliches Risiko, das vielleicht sogar ein gutes Geschäft bedeutet, vor einer wahrscheinlich sehr viel härteren Belastung für die Reparationspflichten zu schützen.

Die Schwierigkeiten für die Regierung, zu einer Lösung zu kommen, sind vornehmlich zweierlei Art. Einmal handelt es sich darum, Vertrauen für die neue Währung zu erzielen und dennoch die Staatshoheit darüber aufrechtzuerhalten. Den bankrotten und politisch schwachen Staat von heute will aber niemand als Garantie für die Währung ansehen. Geldnoten mit der Versicherung, daß der Staat sie zum Goldwert einlösen will, würden so wenig wertbeständig sein wie die heutige Papiermark. Die neue Währung muß gedeckt werden durch einen Fundus realer Werte, die zwar vom Staat aufgebracht, dann aber auch seinem Zugriff entzogen werden müssen. Nachdem nun aber die privaten Wirtschaftskreise selber zugegeben haben, daß sie in der Lage sind, den erforderlichen Fundus aus ihrem Besitz aufzubringen, hängt es nur von der Energie des Staates ab, sich diese Werte zu nehmen und sie der Währungsbank zuzuführen. Diese Frage kann also als unlösbar nicht mehr bezeichnet werden. Die zweite Schwierigkeit liegt in der Finanzlage des Reiches. Die neue Währung kann nur dann Bestand haben, wenn keine Note mehr gedruckt wird, als Deckung vorhanden ist. Das Reich und mit ihm die Länder und Gemeinden können aber seit Jahren nur noch existieren, weil immerfort neue Banknoten ohne Deckung gedruckt wurden. Gewiß wird man das Reich nunmehr mit den härtesten Mitteln zwingen müssen, seinen Etat ins Gleichgewicht zu bringen; drakonische Steuermaßnahmen auf der einen Seite, Reformen der Verwaltungen und öffentlichen Betriebe andererseits werden erforderlich sein, wobei auch vor

Personaleinschränkungen nicht zurückgeschreckt werden darf. Aber erst muß die Währungsreform praktisch wirksam und die öffentliche Hand auf wertbeständige Einnahmen gestellt sein, bevor mit Aussicht auf Erfolg eine Sanierung der öffentlichen Finanzen möglich ist. Und dann noch werden viele Monate ins Land gehen, bevor der Staat seine Ausgaben aus den regulären Einnahmen bestreiten kann. Die Schließung der schrecklichen Wunde an der Ruhr ist eine weitere Voraussetzung, von der noch niemand sagen kann, wann sie erfüllt sein wird. Wie aber soll der Staat bis dahin leben? Hier bietet der Plan Minoung einen wertvollen Fingerzeig, der, wie schon erwähnt, aus der Erfassung der Sachwerte eine solch große Summe mobilisieren will, daß neben der Währungsdeckung ein genügend großer Fonds übrigbleibt, damit Reich, Länder und Gemeinden für die notwendige Übergangszeit ohne neue Inflation wirtschaften können.

Ob neben den zu schaffenden neuen Goldnoten die alte Papiermark weiter im Umlauf bleibt und in welchem Wertverhältnis sie zur Goldmark stehen soll, ist eine Frage für sich. Jedenfalls steht fest, daß schon aus technischen Gründen nicht von einem Tag zum andern der gesamte Geldumlauf auf neue Zahlungsmittel gestellt werden kann. Auch wenn es sich als zweckmäßig erweisen sollte — bis zur Stunde ist diese Frage noch nicht geklärt —, die Papiermark später aus dem Verkehr zu ziehen, so ist dazu doch ein längerer Zeitraum erforderlich. Wahrscheinlich aber wird mit der Einführung von neuen Goldnoten eine natürliche, nötigenfalls auch künstliche Stützung der Papiermark eintreten, die zu einem festen Wertverhältnis beider Geldarten zueinander führen kann und muß. Wird aber auch nur nach ein paar Wochen mit grundlegenden Währungsmaßnahmen gegögert, besteht allerdings die dringende und jurchbare Gefahr, daß die Papiermark „reputiert“, d. h. als Zahlungsmittel auch im inländischen Verkehr nicht mehr angenommen wird. Damit wäre dann aber auch der vollständige Zusammenbruch endgültig besiegelt.

Die Masse der Arbeiter leidet unsäglich unter der Vernichtung der alten Währung und der damit verbundenen Zerstörung der Wirtschaft. Sie ist am Ende ihrer Kräfte. Würde die jetzt wachgerufene Hoffnung, daß wir vor einem entscheidenden Wendepunkt in der Währungsfrage stehen, getäuscht werden, so würde die nur noch mühsam zurückgehaltene Verzweiflungstimmung sich elementar entladen, und es ist kaum anzudeuten, welche Folgen sich daraus ergeben müßten.

Wer sabotiert die Wirtschaft?

S. Weder in der Industrie noch im Handel noch in der Landwirtschaft wird man einen Unternehmer finden, der bei der Kalkulation und dem Verkauf seiner Ware die Papiermark als Wertmesser anerkennt. Möbel und Stiefelwäse, Eier und Krugentöpfe, Schmalz und Eisenbahnfahrkarten werden zum Dollarkurs gehandelt. Auch die Kleinhändler und Handwerksmeister haben den Kartellen und Trusten die Goldrechnung nachgemacht. Wie es gemacht wird, zeigt folgende Rechnung einer Reparaturwerkstatt, die wortgetreu so lautet: „Eine Fahrradpumpe gelöhnt gleich 10 Goldpennige oder 2622000 M.“ Wenn er auch in der Orthographie schlecht bewandert ist, an Hand des Kurszettels Rechnungen ausstellen, das kann heute jeder Unternehmer.

Müßiggel und ohne Maß und Ziel werden die Warenpreise in die Höhe getrieben. Nur der Preis der Ware Arbeitskraft wird niedriggehalten, was zu einer unerträglichen Verelendung der arbeitenden Bevölkerung geführt hat. Wohl hat das Reichsarbeitsministerium schon vor Wochen erklären lassen, daß auch der Arbeitslohn wertbeständig gemacht werden müsse. Die Schlichtungsbehörden sind durch die bekannten Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums angewiesen worden, den Vertragsparteien bei der Wertbeständigmachung der Löhne beihilflich zu sein. Auch die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften Richtlinien über die Wertbeständigmachung der Löhne vereinbart. In diesen Richtlinien wird gesagt, daß die gegenwärtigen Währungsverhältnisse ein unerträgliches Abinken des Reallohnes zur Folge haben müssen, vor dem die Arbeiterschaft im Interesse der deutschen Wirtschaft zu schützen sei. Aus den Reden der Regierungsovertreter kann man überdies bis zum Überdruß hören, daß die wertbeständige Rechnung auch für die Arbeiter gesichert sei. Als Gegenleistung für den wertbeständigen Lohn wird von der Arbeiterschaft die Erhöhung der Arbeitsleistung gefordert. Woher sollen die Arbeiter die Lust, seelische und körperliche Fähigkeit zur höheren Arbeitsleistung hernehmen, wenn mit ihrer No: Schindluder getrieben wird, wie dies gerade gegenwärtig in reichlichem Maße geschieht.

Wer mitten in der Praxis der Lohnbewegungen steht, weiß, daß weder die Regierung noch der größte Teil des Unternehmertums das Versprechen über die Kaufkrafterhaltung der Löhne wahr macht. Die Richtlinien der Spitzenverbände der Unternehmer und Arbeitnehmer werden von den Unternehmern am Verhandlungstisch glattweg abgelehnt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren,

daß die Verleugrung der Richtlinien im Einvernehmen mit dem Vorstand der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände geschieht, obwohl dieser den Richtlinien ausdrücklich zugestimmt hat. Die Unternehmerzeitungen verbreiten täglich die unfürmigen Behauptungen über die „hohen Arbeitslöhne“, die den Friedensstand erreicht und teilweise überschritten haben sollen. Angeblich sind die Löhne, verbunden mit der gesunkenen Arbeitsleistung, schuld an dem Ruin der deutschen Wirtschaft.

Wie sieht es in Wirklichkeit mit den Löhnen und Preisen in der Holzindustrie aus?

Der Reallohn unserer Facharbeiter, berechnet über den amtlichen Lebenshaltungsindex, betrug Ende Dezember 1922 70,3 Prozent des Vorkriegsstandes, Er sank bis zum 4. Juli 1923 auf 60,5 Prozent, bis zum 23. Juli 1923 auf 53,1 Prozent und bis zum 6. August auf 30,6 Prozent. Bis zum 13. August war er wieder auf 54 Prozent gestiegen. Der Arbeitslohn ist also um fast 50 Prozent gesunken, während die Preise für Rohmaterialien der Holzverarbeitenden Industrie nach einer Mitteilung der Unternehmerzeitung „Die Holzindustrie“ 100 bis 200 Prozent über dem Friedensgoldpreis liegen.

Trotz dieser Tatsache wird unermüdet behauptet, die Industrie müsse bei Anwendung der Kaufkrafterhaltungsklausel auf den Arbeitslohn auf der Basis der jetzigen Real-löhne zum Erliegen kommen. Wertwürdigerweise finden diese Gedankengänge der Unternehmerverbände bei den Schlichtungsbehörden ein recht williges Ohr. Die Forderung der Arbeiterschaft nach kurzfristigen aber wertbeständigen Lohnstarifen wird von den Schlichtungsausschüssen in der Regel abgelehnt. Mehr als einmal ist unseren Vertretern vor den Vorsitzenden der staatlichen Schlichtungsorgane erklärt worden, der Reichsarbeitsminister möge seine Richtlinien über die Wertbeständigkeitsklausel zunächst bei seinen Schiedsprüchen anwenden. Bis jetzt scheint sich das Arbeitsministerium aber an seine eigenen Richtlinien nur zu erinnern, wenn eine Berufsgruppe aus Not und Verzweiflung gezwungen, die Hand an die Gurgel des Staates legt. Wo diese Gefahr nicht droht, bringt das Reichsarbeitsministerium Schiedsprüche heraus, die einer Sabotage der deutschen Wirtschaft sehr ähnlich sehen. So wabotete unsere Facharbeiter im Landestarifgebiet Niederjachsen durch einen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 12. September mit 1527 000 M. Spitzenlohn gleich 9 Goldpfennige abgefertigt. Diese 9 Goldpfennige für die laufende Arbeitswoche durch Anwendung der Indexklausel vor Entwertung zu schützen, ist vom Schiedsgericht abgelehnt worden. Es war der Meinung, daß die Löhne für die laufende Arbeitswoche erst festgelegt werden können, wenn sich die Preisverhältnisse besser übersehen lassen. Tausende unserer Kollegen werden auf diese Weise gezwungen, wochenlang zu arbeiten, ohne auch nur annähernd zu wissen, welchen Lohn sie für ihre Arbeitsleistung erhalten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß unter diesen Umständen nicht nur jede Möglichkeit einer intensiven Arbeitsleistung und einer geregelten Akkordarbeit, sondern auch jeder Anreiz zur Arbeit selbst aufhören muß. Wenn es wirklich ernst ist, die Arbeitsleistung zu erhalten und die Produktion zu fördern, darf dem Facharbeiter nicht zumuten, für einen Lohn zu arbeiten, mit dem er sich am Wochenlohn noch nicht einmal ein Pfund Schmalz kaufen kann. Das System, den Tariflohn erst festzusetzen, wenn die Arbeit bereits geleistet ist, heißt, in die Praxis umzusetzen, dem Arbeiter die ganze Last der Inflationssteuer aufzuerlegen. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, von den Unternehmerverbänden und den Schlichtungsbehörden die Aufrechterhaltung der tariflichen Lohnregelung zu verlangen. Von einer solchen tariflichen Regelung kann aber nicht mehr gesprochen werden, wenn man die Festsetzung der Arbeitslöhne abschließend bis zum Ablauf der Arbeitswoche hinauszögert.

Wir verkennen gewiß nicht die Schwierigkeiten, mit denen das Unternehmertum heute bei der Aufrechterhaltung der Betriebe zu kämpfen hat, und das Risiko, unter den unsicheren und schwierigen Geldverhältnissen Güter zu erzeugen, soll ausdrücklich anerkannt werden. Diese Schwierigkeiten werden aber nicht beseitigt durch demagogische Regenkampfsprüche über die zu „hohen Real-löhne“ und durch die allgemeine Behauptung, die Arbeitsleistung der Lohnarbeiter sei durchweg gesunken. Eine Behauptung, die für die deutschen Holzarbeiter in keiner Weise zutrifft. Wenn der Vorstand der Wirtschaftsjahrestage erhoben werden soll, dann trifft er allein jene Unternehmer und Behörden, die eine Lohnpolitik treiben und unterstützen, die die Arbeiter zum Hungern zwingt.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im August 1923.

Der letzte Aufschwung, den der Geschäftsgang im Monat Juli erfahren hat, ist, wie vorausgesehen war, nicht von Dauer gewesen. Der Monat August brachte einen harten Rückschlag. Das Ergebnis der Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben spiegelt diesen Rückschlag deutlich wieder. Die Erhebung erstreckt sich diesmal auf 333 Betriebe mit 106 743 Arbeitern. Im Laufe des Monats August wurden 1163 Arbeiter eingestellt, aber 1148 entlassen. Die Übersicht über die einzelnen Berufs-zweige können wir mit Rücksicht auf den Raum leider nicht veröffentlichen. Das Gesamtergebnis zeigen die folgenden Zahlen: Von 109 Beschäftigten entlassen auf Betriebe mit Beschäftigung

Entsprechend der Verschlechterung des Geschäftsganges hat auch die Arbeitslosigkeit eine starke Steigerung

erfahren. Nachstehend geben wir eine Übersicht über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gaue:

Gau	Berwaltetungsstellen	Berichtet haben mit Mitgliedern	Arbeitslose am 31. Aug.	Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos	Berichtet haben mit Mitgliedern	Arbeitslose am 31. Aug.
Ostpreußen	60	8900	276	3,10	5	1124
Stettin	106	12036	461	3,83	4	242
Breslau	88	25425	883	3,47	8	1086
Berlin	1	35101	4788	13,64	—	—
Brandenburg	134	18197	627	3,45	12	1346
Dresden	57	35030	2471	7,05	3	1806
Leipzig	71	45674	2278	4,99	5	1521
Erfurt	111	19140	840	4,39	12	2109
Magdeburg	55	13486	625	4,63	8	4766
Hamburg	65	30999	2342	7,56	4	335
Hannover	61	28718	1182	4,12	5	463
Düsseldorf	99	27896	1803	6,46	11	1914
Frankfurt	67	27258	3442	12,63	12	7550
Münster	115	29080	989	3,52	11	2535
München	77	15923	417	2,62	4	916
Stuttgart	117	36709	512	1,39	5	2380
Hauptkasse	—	319	3	0,94	—	—
Zusammen	1284	408891	23939	5,85	109	30113
Im Vormonat	1286	416372	9714	2,33	100	19861

Im ganzen Verband ist demnach die Arbeitslosigkeit von 2,33 Prozent Ende Juli auf 5,85 Prozent Ende August angewachsen. Diese Angaben beziehen sich auf 1284 Verwaltungsstellen mit 408 891 Mitgliedern, während von 109 Verwaltungsstellen mit 30 113 Mitgliedern die Berichte nicht rechtzeitig eingegangen sind. Unter den Fehlenden befinden sich einige größere Verwaltungsstellen, das läßt darauf schließen, daß die Arbeitslosigkeit noch größer war, als diese Zahlen anzeigen. Zu der großen Zahl der Arbeitslosen kommt aber noch die stark gestiegene Zahl der Kurzarbeiter. Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Kurzarbeit in den letzten drei Monaten:

Die wöchentliche Arbeitszeit war vermindert um Stunden	Juni		Juli		August	
	in Betrieben	für Arbeiter	in Betrieben	für Arbeiter	in Betrieben	für Arbeiter
1 bis 8	169	4003	106	2743	336	9379
9 „ 16	198	4397	154	3416	596	16490
17 „ 24	529	9660	331	9295	2567	53140
25 und mehr	163	6900	155	7046	691	17168
Zusammen	1059	24960	746	22500	4190	96177

Sierzu sei bemerkt, daß im März 72 784, im April 101 173, im Mai 70 597 Kurzarbeiter gezählt wurden. Der bisherige Höchststand vom April war also im August nicht wieder erreicht, aber er bleibt nicht mehr weit dahinter zurück. Von 408 891 bei der Erhebung erfaßten Mitgliedern waren sonach am Schluß des Monats August 23 939 völlig erwerbslos, und 96 177 arbeiteten vermindert, von den letzteren der größte Teil mit halber Arbeitszeit und darunter. Nur 70,6 Prozent waren noch voll beschäftigt. Im September hat die Arbeitslosigkeit weitere Fortschritte gemacht. Es liegen bereits zahlreiche Meldungen über Betriebseinschränkungen und -stilllegungen vor. Wir müssen leider befürchten, daß wir noch sehr schweren Zeiten entgegengehen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Erhöhte Ermäßigungsätze beim Steuerabzug.
Vom 16. September an kommen bei der Berechnung des Steuerabzuges folgende Ermäßigungsätze in Anwendung:

	Im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für			
	volle Kalen-dermonate	volle Kalen-derwochen	volle Arbeits-tage	kleinere Zeit-räume, für je zwei ange-gab. volle Ar-beitsstunden
Für den Steuerpflicht.	720000	172800	28800	7200
die Ehefrau	720000	172800	28800	7200
für jedes Kind	480000	115200	19200	4800
Werbungskosten	6000000	1440000	240000	60000

Am 20. September tritt ein neuer Postgebührentarif in Kraft, dessen wichtigste Sätze wir nachstehend wiedergeben.

Postarten	Ortsverkehr			Fernverkehr
	1. Zone bis 75 km	2. Zone über 75 km	3. Zone über 375 km	
Briefe bis 20 Gramm	150 000	150 000	250 000	150 000
über 20 bis 100 Gramm	150 000	150 000	350 000	150 000
100 „ 250 „	150 000	150 000	450 000	150 000
250 „ 500 „	150 000	150 000	550 000	150 000
Druckfachen bis 25 Gramm	50 000	50 000	50 000	50 000
über 25 bis 50 Gramm	100 000	100 000	100 000	100 000
50 „ 100 „	150 000	150 000	150 000	150 000
100 „ 250 „	200 000	200 000	200 000	200 000
250 „ 500 „	250 000	250 000	250 000	250 000
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	100 000	100 000	100 000	100 000
über 250 bis 500 Gramm	150 000	150 000	150 000	150 000
500 „ 1000 „	200 000	200 000	200 000	200 000
Päckchen bis 1000 Gramm	500 000	500 000	500 000	500 000
Pakete bis 3 Kilo	600 000	1 200 000	1 200 000	600 000
über 3 bis 5 Kilo	500 000	1 000 000	1 000 000	500 000
Postanweisungen bis 2000 000 M.	100 000	100 000	100 000	100 000
über 2000 000 bis 50 000 000 M.	150 000	150 000	150 000	150 000
über 50 000 000 bis 100 000 000 M.	200 000	200 000	200 000	200 000
über 100 000 000 bis 200 000 000 M.	250 000	250 000	250 000	250 000
über 200 000 000 bis 500 000 000 M.	300 000	300 000	300 000	300 000
über 500 000 000 M.	350 000	350 000	350 000	350 000
Rechnungen bis 100 000 M.	50 000	50 000	50 000	50 000
über 100 000 bis 500 000 M.	100 000	100 000	100 000	100 000
über 500 000 bis 1 000 000 M.	150 000	150 000	150 000	150 000
über 1 000 000 bis 5 000 000 M.	200 000	200 000	200 000	200 000
über 5 000 000 bis 10 000 000 M.	250 000	250 000	250 000	250 000
über 10 000 000 bis 50 000 000 M.	300 000	300 000	300 000	300 000
über 50 000 000 bis 100 000 000 M.	350 000	350 000	350 000	350 000
über 100 000 000 M.	400 000	400 000	400 000	400 000

Die neuen Postgebühren sind berechnet nach der Schlußfrist des 1. Oktobers. Die Tarifänderungen sind außerdem in der „Hilfs-Zeitung“ mitgeteilt worden, so daß auch die damals angegebenen Grundgebühren nicht mehr stimmen.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 38. Wochenbeitrag für die Woche vom 16. September bis 22. September 1923 fällig geworden. Der Verbandsvorstand.

Wilhelm Pfannkuch

Mit Wilhelm Pfannkuch, der nach kurzer Krankheit am 14. September gestorben ist, ist einer der letzten Veteranen aus dem Leben geschieden, die einst an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung standen. Pfannkuch hat ein Alter von fast 82 Jahren erreicht. Am 23. November 1841 in Kassel geboren, hat er dort das Tischlerhandwerk erlernt. Auf der Wanderschaft kam er auch nach Berlin. Hier lauschte er mit Begeisterung den Reden Lassalles; als einer der ersten schloß er sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an. Auch der Gewerkschaftsbewegung brachte er lebhaftes Interesse entgegen; zumal in der Jugendzeit der Gewerkschaften hat er eifrig an ihrem Aufbau mitgearbeitet und sich große Verdienste um sie erworben. Noch in den letzten Wochen hat er sich angelegentlich über die Entwicklung und den Stand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes erkundigt, in dem er einst eine hervorragende Rolle gespielt hat.

Pfannkuch war lange Zeit ein fleißiger Mitarbeiter an der „Neuen Tischler-Zeitung“, der Vorgängerin unserer „Holzarbeiter-Zeitung“. Im Jahre 1892 übernahm er dann die Redaktion des Organs des Tischler-Verbandes. An dessen Verbandstagen hat er wiederholt teilgenommen, und als im Jahre 1893 der Deutsche Holzarbeiter-Verband gegründet wurde und die „Neue Tischler-Zeitung“ in die „Holzarbeiter-Zeitung“ aufging, wurde Pfannkuch deren Redakteur. Er behielt dieses Amt, bis er zu Beginn des Jahres 1894 in den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei berufen wurde, wo er fortan bis an sein Lebensende als Sekretär wirkte.

In den letzten Jahrzehnten lag Pfannkuchs Tätigkeit hauptsächlich auf politischem Gebiet. Er hat längere Zeit dem Reichstag angehört, und die deutsche Nationalversammlung hat er im Jahre 1919 als Alterspräsident eröffnet. Auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er nahezu ein Vierteljahrhundert angehörte, hat er mit vorbildlichem Eifer mitgearbeitet. Pfannkuch erfreute sich bis in die letzten Tage außerordentlich körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische. In allen Stellen, an denen er wirkte, rühmte man seinen Fleiß, sein Pflichtgefühl, seine Hingabe. Deshalb erfreute er sich allgemeinen Ansehens; die jüngere Generation blickte mit Verehrung zu dem Alten empor, der in jeder Beziehung als Vorbild wirkte. Trotz seines hohen Alters gönnte er sich im Dienste der Arbeiterbewegung keine Schonung; in dem Sienen ist er gestorben. In der Arbeiterbewegung und bei den deutschen Holzarbeitern im besonderen wird Pfannkuchs Name unvergessen bleiben.

Unsere Lohnbewegungen.

Bertragslöhne im Bereich des Reichsmantelvertrages für das Holzgewerbe.

Landes-gebiet	Geltungs-dauer	Durchschnittslöhne für Facharbeiter über 22 Jahre in Ostklassen					
		I	II	III	IV	V	VI
Bayern	8.9.5.14.9.	—	3449000	3277000	3104000	2932000	2759000
Thüringen	7.9.5.13.9.	—	3560000	3450000	3350000	3240000	3130000
Sachsen	7.9.5.13.9.	1350000	4263000	4176000	4048000	—	—
Schlesien	8.9.5.14.9.	—	1584000	1536000	1490000	1442000	1394000
Brandenburg	7.9.5.13.9.	—	2760000	2400000	2256000	2112000	1968000
Hinterpommern	7.9.5.13.9.	—	2759000	2680000	2491000	2393000	2355000
Mitt.-Schw.	8.9.5.14.9.	—	2581100	2318300	2270500	2225100	2180600
Hamburg	7.9.5.13.9.	3800000	3340000	3150000	3000000	2890000	2740000
Bremen	7.9.5.13.9.	—	3500000	3250000	3150000	2975000	2800000
Niederjachsen	7.9.5.13.9.	—	1527000	1435000	1374000	1318000	1252000
Ostl. Weistal	7.9.5.13.9.	—	—	—	—	3060000	2910000
Sach.-Anh.	11.9.5.13.9.	—	2000000	1920000	1840000	1760000	—
Rheingebiet	7.9.5.13.9.	5800000	5568000	5336000	5046000	4756000	—
Rhld.-Westf.	—	—	—	—	—	—	—
Wes. Gebiet	9.9.5.15.9.	5800000	5568000	—	—	—	—
Sess.-Nassau	6.9.5.12.9.	3000000	2910000	2790000	2610000	2430000	—
Rheinpfalz	2.9.5.9.9.	—	—	5200000	3000000	2816000	—

*) Schiedsprüche, die noch nicht die Zustimmung der Parteien gefunden haben.

Bertragslöhne in der Sägewerksindustrie.

Bertragsgebiet	Geltungs-dauer	Bertragslohn für Arbeiter in d. höchsten Altersklassen in Ostklassen				
		I	II	III	IV	V
Bayern	8.9.5.14.9.	3230000	3069000	2907000	2746000	2584000
Thüringen	7.9.5.13.9.	3234000	3120000	2956000	—	—
Sachsen	7.9.5.13.9.	3800000	3688000	3572000	3420000	—
Altmark	6.9.5.12.9.	1000000	960000	920000	—	—
Sachsen-Anh.	6.9.5.12.9.	1650000	1584000	1519000	1452000	—
Brandenburg	16.9.5.22.9.	2466000	2170000	1973000	1824000	1725600
Mitt.-Schw.	9.9.5.15.9.	2178370	2135270	2092170	2048070	—
Walt.-Stralitz	13.9.5.19.9.	—	1917200	1825900	1734600	—
Süd-Pommern	9.9.5.15.9.	2081000	2071000	2067000	—	—
Pommern	8.9.5.14.9.	1674000	1576000	1529200	1267000	1245000
Vorderpommern	8.9.5.14.9.	1409000	1372000	1344000	1318000	—
Grafschaft Glatz	9.9.5.15.9.	1310000	1284000	1215000	1192000	—
Sächs. Westfalen	9.9.5.14.9.	3000000	2820000	2610000	2400000	—

Bei der Ostklasseneinteilung der Sägewerksindustrie handelt es sich nicht um eine reichszentrale Einteilung, so daß die Ostklassenlöhne der einzelnen Bertragsgebiete nicht miteinander vergleichbar sind.

Werkmeister.

zur erste Kraft, für Bau- und Drechselerei per 1. Okt. gesucht. Verleihe muß in der Lage sein, durch Ausnutzung aller rech. Betriebsmittel rationelle Arbeitsmethoden anzuwenden. Wohnung (2 Zimmer und Küche) vorhanden. Bewerber mit Zeugnisabschr. u. Angabe der bish. Tätigkeit an Hugo Zimmermann, Gleiwitz O.S., Abt. d. Ostproppa 10. Gesucht wird für sofort auf Land ein Schreinergehilfe auf hies. abt. Schreinergehilfe Möbel. Rich. Häder, Bau-u. Möbelfabrik, Reich b. Uffenheim (Rittelst.). Täglich Modellschreiner für junger selbst. Arbeit sofort gesucht. Karl Hollenbeck, Holzmodell u. Holzlampenbauerkant. Leipzig 10. Tüchtige Modellschreiner erfahrene Einteil für Dauerstellung gesucht. Victor Bauer, Reichsmantel, Troisdorf b. Köln.

Euche f. sofort (wird besetzt). Beistellen

einen tüchtigen Tischlergehilfen als Vorarbeiter, der mit allen Arbeiten vertraut ist und den Meister nach jeder Richtung hin vertreten kann. Ausfühliches Angebot an zu richten unter „E. N. 484“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. Tüchtiger Möbelpollerer, gelernter Schreiner, sofort gesucht. E. S. Spannaus, Koburg. Tücht. Kistenmeister, der in der Lage ist, sich bei Bedarf als Kistenfabrikant in Rumänien zu engagieren. Offerte mit Gehaltsansprüchen sind an die Holzindustrie A.G. „Gran“, Brasov, Rumänien, zu richten. Heim- u. Furnierofen fertig, als Spezialität (Preisgr. gratis). Gebr. Böttlinger, Freiburg i. B.